3/4
2016

73. Jahrgang/Année/Volume

Herausgeber
Univ.-Prof. Dr. Michael Geistlinger
Univ.-Prof. Dr. Peter Hilpold
em. Univ.-Prof. Dr. Georg Kremnitz

Redaktion:
Dr. Max Doppelbauer

europa ethnica

Schwerpunkt
Kärnten/Koroška
„Einigung im Ortstafelstreit – fünf Jahre danach"

BEITRÄGE

Gemeinsam/Skupno
(Peter Kaiser) 54

Die Lösung des Kärntner Ortstafelstreits – fünf Jahre danach
(Gerhart Holzinger) 55–57

Fünf Jahre nach der verfassungsrechtlichen Lösung des Ortstafelstreits in Kärnten
(Ludwig Adamovich) 58–59

Fünf Jahre „Ortstafelregelung", 40 Jahre Volksgruppengesetz: Bilanz und Perspektiven für das Volksgruppenrecht
(Jürgen Pirker) 60–67

Fünf Jahre „Ortstafellösung" – war's das schon?
(Rudolf Vouk) 68–72

Sprachenrechte in Österreich – Neue Herausforderungen vor dem Hintergrund der aktuellen Fluchtbewegungen
(Peter Hilpold) 73–79

Deportation und Verbannung der Krimtataren
(Swetlana Czerwonnaja/ Martin Malek) 80–84

Politische Entwicklung der Auslandsungarn
(Ines Gruber) 85–90

AKTUELLES

Literatur 91–104

ISSN: 0014-2492

facultas

Marcel Kau, **Rechtsharmonisierung – Untersuchung zur europäischen Finalität dargestellt am Beispiel des Grenzkontroll-, Ausländer- und Asylrechts.** Mohr Siebeck: Tübingen, 2016, 770 S.

In dieser umfangreichen Konstanzer Habilitationsschrift wählt Marcel Kau einen neuen Ansatz, um einmal das Thema der Rechtsharmonisierung im Allgemeinen sowie im Recht der Europäischen Union im Besonderen umfassend abzuhandeln: Er bestimmt dazu als Referenzbereich das europäische Grenzkontroll-, Ausländer- und Asylrecht. Diese Verknüpfung ist originell, wenngleich sie natürlich nicht in jedem Punkt wirklich überzeugende Ergebnisse liefern kann. Sie eröffnet aber zahlreiche interessante Einblick in die Finalität und die prozesshafte Natur der Rechtsharmonisierung und in die historische Fundierung des erwähnten Referenzbereichs und macht damit insbesondere auch das Konzept des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems – mit all seinen Lücken und Schwächen – verständlicher. Der besondere Souveränitätsbezug dieser Materie einerseits und andererseits die zwingenden Erfordernisse für die Schaffung einheitlicher Strukturen in diesem Bereich angesichts eines immer stärker werdenden Zustroms nach Europa, bei gleichzeitigem sukzessiven Abbau der Binnengrenzen, haben zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel geführt. Der Autor zitiert dazu den Satz: „Vom Tabu-Thema zum Symbol der Europäischen Integration in weniger als zwei Dekaden." Dem Autor sind die Grenzen dieses Ansatzes bewusst, doch verfolgt er diesen in einem beständigen Annäherungsprozess in sehr beharrlicher und letztlich überzeugender Form, sodass am Ende für den Leser ein beachtlicher Erkenntnisgewinn resultiert. Er erfährt viel über die Natur der Rechtsharmonisierung, wobei diese – wie der Autor im Detail nachzeichnet – über die Zeit hin erheblich ihre Gestalt verändert hat und gerade im Referenzbereich nunmehr von einem Ineinandergreifen völkerrechtlicher, intergouvernementaler und supranationaler Handlungs- und Organisationsformen geprägt ist. Er erfährt aber auch einiges über die Gestalt des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, das durch die Ausleuchtung seiner historischen Entwicklung stark an Verständlichkeit gewinnt. Für alle, die an Grundfragen des Rechts der europäischen Integration oder des europäischen Grenzkontroll-, Ausländer- und Asylrechts interessiert sind, eine interessante Lektüre und angesichts des Detailreichtums dieser Schrift auch ein wertvolles Nachschlagewerk.

Peter Hilpold

Jean-Marie Klinkenberg, **La langue dans la cité. Vivre et penser l'équité culturelle. Préface de Bernard Cerquiglini.** Bruxelles: Les impressions nouvelles, 2015, 317 S.

Wer das breit gefächerte wissenschaftliche Werk von Jean-Marie Klinkenberg zur Semiotik und zur Rhetorik, zur vergleichenden romanischen Sprachwissenschaft, zur französischsprachigen Literatur Belgiens und zur Literaturgeschichte und Literatursoziologie vor Augen hat, weiß um dessen fachliche Qualitäten. Und er/sie weiß dann auch um dessen Eloquenz und Fabulierkünste, um dessen rhetorische Figuren und Sprachspiele, die, zum Glück niemals Selbstzweck, der Erhellung und der Illustration wissenschaftlicher Sachverhalte verpflichtet sind und zudem immer wieder auch eine anregende und vergnügliche Lektüre bereiten. Wer die Arbeiten von Klinkenberg nicht kennt, sich aber dafür interessiert, was Sprache und Sprachen, und speziell das Französische, für Menschen und Gesellschaften bedeuten und wie diese mit Sprache(n) im Zeitalter der Globalisierung umgehen, dem/der sei das hier besprochene Buch nachdrücklich zur Lektüre empfohlen.

Geschrieben von einem belgischen Philologen, der mit der Sprachwissenschaft des Französischen und mit vielen Facetten von Sprach- und Kulturpolitik aufs Intimste vertraut ist, besteht der besondere Charme dieses Buches darin, dass es immer wieder von konkreten oder auch imaginierten, auf jeden Fall aber nachvollziehbaren sprachlichen Alltagserfahrungen von Menschen ausgeht und diese als sprachpolitisch relevante Sachverhalte vor dem Hintergrund aktueller sprachwissenschaftlicher Positionen reflektiert. Und dabei ist seinem Autor das Vergnügen anzumerken, wenn er mit vielen der Mythen und Chimären, die sich in Bezug auf das Französische so hartnäckig halten, mit Argumenten und nicht selten auch mit Witz aufräumt. Denn zu ernst ist es ihm mit dem Anliegen, dass „die Sprache für den Bürger gemacht ist und nicht der Bürger für die Sprache" [... que la langue est faite pour le citoyen, et non le citoyen pour la langue]. Es geht also um Sprecher und Schreiber, Einsprachige und Mehrsprachige, Junge und Alte, Experten und Laien, Mächtige und Ausgegrenzte in Gesellschaften, in denen die Zugänge zu den Ressourcen, auch und gerade zu den sprachlichen, ganz unterschiedlich verteilt sind und die Partizipation an diesen Ressourcen nicht unmaßgeblich über den Platz dieser Menschen in der Gesellschaft entscheidet. Zu diesem keineswegs neuen Problem, das sich jedoch mit der weltweiten Migration, der Digitalisierung, der Ökonomisierung erheblich verschärft, entwickelt Klinkenberg eine ganze Palette von sprachpolitischen Argumentationen und von Strategien zur Sensibilisierung für Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit, ganz im Sinne dessen, was der Untertitel des Buchs: „vivre et penser l'équité culturelle" ausweist.

Das Buch umfasst sieben Kapitel sowie die Einleitung, die Schlussbemerkungen, das Literaturverzeichnis und den Index. Kapitel I, „La langue, cet obscur objet politique" (17–64), entwickelt den der Konzeption des Buchs zugrunde liegenden Sprachbegriff und setzt den Akzent auf ein konstruktivistisches Verständnis von Sprache: Mit Sprache konstruieren wir unsere Welt und unsere Gesellschaft, Sprache erlaubt es uns zugleich, uns in ihnen zu situieren und zu orientieren; mit Sprache erfassen und kategorisieren wir die Welt, gleichzeitig werden wir anhand unserer Sprache klassifiziert. Wir teilen uns in Sprache anderen mit und grenzen uns mit

Sprache voneinander ab, usw (29f). Seit *Herder* steht zudem die Rolle der Sprache für die kollektive Identität im Raum, mit den hinlänglich bekannten Folgerungen essentialisierender und ethnisierender Natur. Dieser Essentialismus spielte gerade in der Geschichte des Französischen eine prägende Rolle; man denke nur an die Topoi des „génie" und des „universalisme de la langue française", die, systematisch hypostasiert, die Ausformung der Bildungselite begleiteten und zugleich ihre gesellschaftliche Position absicherten. Für uns heute, so Klinkenberg, stellt dieser Essentialismus eine schwere Hypothek dar, die zu verwalten zuvorderst ein anderes Sprachverständnis verlangt, eines, das durch die Koordinaten von ‚Plastizität', ‚Pluralität' und ‚Fragilität' der Sprache bestimmt wird (vgl 34–38). Denn was steht auf dem Spiel? Nicht weniger, als sich klarzumachen, dass die sozialen Dimensionen eines essentialistischen Sprachverständnisses in der Exklusion von Gruppen (40ff), der Entwertung ihrer kulturellen Ressourcen (47ff) und der Selektion (50ff) bestehen. Man denke nur an die unzähligen „concours de recrutement", die ein Individuum heute zu bewältigen hat. Man denke zugleich an die Verantwortung der Schule und nicht zuletzt auch daran, dass sich wirtschaftliche Beziehungen oder auch Aspekte der sozialen Sicherheit zu einem erheblichen Grad in Sprache konstruieren. All diese Dimensionen verdeutlichen, dass die Sprache eine politische Angelegenheit ist und ein demokratisch verfasster Staat sich der sprachlichen Komplexität stellen muss.

In Kap. II, „La langue, affaire politique. Mais quelle politique?" (65–95), entwickelt der Autor auf der Basis des gerade skizzierten konstruktivistischen Sprachkonzepts drei Prinzipien, die in der Sprachpolitik eines Staates präsent sein müss(t)en: Sie muss sich erklären, insbesondere angesichts wachsender Kosten für die Verwaltung immer größer werdender sozialer Heterogenität und von individueller und gesellschaftlicher Mehrsprachigkeit. Das zweite Prinzip sollte nicht im Schutz der Sprache *per se* bestehen, wie es Puristen und Sprachverteidiger immer wieder fordern, sondern im Schutz der Bürger, oder, wie oben schon erwähnt: „la langue est pour le citoyen, et non le citoyen pour la langue" (92). Und das dritte Prinzip resultiert daraus, dass die Sprache vieles zugleich ist: Instrument der Kommunikation, das den Transfer von kulturellem, sozialem und technischem Wissen ermöglicht; Instrument der individuellen und kollektiven Identifikation; Instrument der Macht und machtvolles Instrument der sozialen Kategorisierung; mehr denn je auch Instrument der ökonomischen Beziehungen, weil die Technologien der Kommunikation und des Wissens ein erheblicher Wachstumsfaktor sind; und schließlich auch Instrument der Kreativität der Menschen und der darstellenden und angewandten Künste. Aus all dem resultiert das dritte Prinzip von Sprachpolitik, das in der Transversalität besteht, indem es Bildungspolitik, Beschäftigungspolitik, Verbraucherschutz, Gleichstellungs- und Integrationspolitik, Entwicklungspolitik usw durchzieht und Sprachpolitik sich somit nicht auf einen im engen Sinne kulturellen Rahmen festlegen lässt. Der Eindruck, der bei der Lektüre dieses Kapitels entsteht, lässt die Vermutung aufkommen, dass Klinkenberg in Bezug auf Sprachpolitik in erster Linie den Staat fokussiert, sie aber nicht auf die Legislative in Form der Sprachgesetzgebung eingegrenzt sehen will. Wünschenswert wäre gewesen, expliziter, als es mit Politikbereichen wie Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration usw zum Ausdruck kommt, auch die Akteure von Sprachpolitik jenseits der staatlichen Ebene und der Verwaltung in den Blick zu nehmen: die Sprachpolitik in und von Unternehmen, Kirchen, Schulen bis hin zur Familie, wenn es darum geht, welche Sprachen in diesen Institutionen von wem, wie und warum praktiziert, gelernt oder eben auch marginalisiert oder ausgeschlossen werden. Dies erlaubte dann auch, Fragen der Reproduktion der sprachlichen Verhältnisse und der Hegemonie – und nicht nur der Macht – und ihrer Legitimität zu behandeln.

Kap. III, „La francophonie: une mission ou un destin" (97–131), geht von der Feststellung aus, dass das Französische nicht die Sprache Frankreichs ist. Frankreich hat viele Sprachen, und das Französische wiederum gibt es in vielen Ländern und in vielen Formen, weshalb man nicht von *le français*, sondern *les français* ausgehen müsse. Eine in diesem Sinne konzipierte frankophone Sprachpolitik sieht sich mit drei Aufgaben konfrontiert: einige der Traditionen des Französischen zu bewahren, andere sowie die mit ihnen verbundenen Repräsentationen über Bord zu werfen und schließlich (einige der) Widersprüche zu lösen, in die sie sich selbst verstrickt (vgl 123). Was heißt das im Einzelnen? Zunächst einmal, dass frankophone Sprachpolitiken (die Pluralform ist wichtig) Hegemonismus bekämpfen und die Stimmen der Differenz hörbar machen müssen, somit also gegen Essentialismus und den Mythos einer „francophonie unanimiste" (ebd) vorzugehen hätten. Zweitens, dass die Barrieren abgebaut werden, die aus der Perpetuierung ideologischer Konstrukte in Form von Werten wie Eleganz, Erhabenheit und Tradition, wie sie mit dem Französischen oft assoziiert werden, resultieren. Es müsse darum gehen, einen Diskurs zu etablieren, der den vielfältigen Realitäten der Frankophonie gerecht wird und der dieser Vielfalt Kohärenz und Legitimität zuweist. Und drittens, dass der Widerspruch beseitigt wird, der darin besteht, dass die Frankophonie einerseits für sich einen kulturellen Sonderstatus, eine *exception culturelle*, reklamiert, sie selbst sich aber gegenüber anderen Kulturen imperialistisch gebärdet und dann auch noch behauptet, sich nicht imperialistisch zu verhalten. Korsen, Elsässer, Bretonen und die vielen anderen Kulturen in Frankreich und seinen überseeischen Departements und Territorien wissen dazu viele Geschichten zu erzählen.

Daran knüpft Kap. IV, „Dominantes et dominées. Le français sur le marché des langues" (133–152), an, in welchem Klinkenberg den als Krise wahrgenommenen vermeintlichen Rückgang des Französischen, besonders gegenüber dem Englischen, zum Ausgangspunkt nimmt, um Mechanismen von Macht und For-

men von symbolischer Herrschaft zu diskutieren. Dafür zieht er ökonomische Faktoren ebenso in Betracht wie psychologische und spart dabei Faktoren der internationalen Politik ebenso wenig aus wie die der Sozialisation. Auch in diesem Kapitel geht es um die Komplexität des Phänomens Sprache und um mögliche Perspektiven von Sprachpolitik. Eine davon ist, dass sie sich sowohl der Einstellung der Menschen zu Sprache und ihrer Vorstellungen über Sprache annehmen muss als auch den konkreten sprachlichen Praktiken. Konkret heißt das zum Beispiel: Wie soll sich Sprachpolitik verhalten gegenüber Diskursen und Praktiken, die das Englische als *lingua franca* kultivieren?

Kap. V, „Une langue en déliquescence ?" (153–179), widmet sich der Diskussion über „Sprachverfall" und über die vermeintliche oder auch reale Krise des Französischen, die auch die vermeintliche oder reale Krise vieler anderer Sprachen ist. Puristen treibt dieses Thema in besonderer Weise um. Doch wie Klinkenberg zeigt, geht es bei dieser Diskussion eigentlich um Krisensituationen in den jeweiligen Gesellschaften, für die die Sprache eine Art Spiegel ist, in welchem sich die Fragilität von Wertvorstellungen und Normen in Zeiten tiefgreifender sozialer Transformationen zeigt. Als den Bereich der Sprache, in welchem die Veränderungen am auffälligsten sind, macht Klinkenberg die Schriftlichkeit aus. Dabei hat er aber keineswegs nur die sprachlichen Veränderungen im Auge, die, wie etwa bei der SMS-Kommunikation, die Sprachkritiker auf den Plan rufen. Das Spektrum im Bereich des Schriftlichen ist sehr viel weiter, komplexer und widersprüchlicher zugleich: Auf der einen Seite wächst der Illettrismus bzw der funktionale Analphabetismus beträchtlich an, auf der anderen Seite sei nie so viel geschrieben worden wie in der Gegenwart. Unter den Gründen, die er für die Wahrnehmung dieser Krisensituation ausmacht, führt er auch den Aufstieg der Frankophonie an, die sozusagen gegenläufig zur deutlich abnehmenden Bedeutung des europäischen Französisch für einen gewissen Aufwind sorgt, allerdings ein Aufwind in der Pluralität und mit einem widersprüchlichen Effekt. Je mehr Menschen in der Frankophonie das Französische als eine weitere Sprache erlernen und es für die Gestaltung ihren Lebens gebrauchen, desto mehr erhält es Züge, in denen sich andere Französischsprecher nicht mehr wiedererkennen. Stellen diese Menschen dann die Frage „Wem gehört die Sprache?", dann müssen sie feststellen, dass nun auch viele andere Frankophone sich als legitime Sprecher ihrer französischen Sprachen fühlen.

Kap. VI, „Maîtriser la langue ou se l'approprier" (181–210), beginnt mit einer dieser schon erwähnten Dekonstruktionen eines Mythos, hier des Mythos der *clarté*, die einst dem Französischen zugeschrieben wurde, prominent von Rivarol im ausgehenden 18. Jahrhundert. Klinkenberg spricht auch von ‚clarté', nur eben in einem ganz anderen Bezugssystem: *clarté* nicht als eine der Sprache immanente Eigenschaft, sondern als eine Kategorie sozialen Handelns. Sprachpolitische Relevanz erhält diese Kategorie, wenn er beispielsweise an die Verwaltungen und öffentlichen Autoritäten appelliert, in ihren Verlautbarungen an die Bürger klar und transparent zu sein. Den Schlüssel für eine solche sprachliche Qualität sieht er in der sprachlichen Bildung in der Schule, die, wenn sie sich weiterhin auf traditionelle Positionen des Grammatikunterrichts beruft, den aktuellen Anforderungen nicht mehr gerecht würde. Mindestens drei Baustellen zeichneten sich ab: die wachsende Bedeutung von Mehrsprachigkeit, die Veränderungen in der Ausbildung des Lehrpersonals und die erforderlichen anderen Blickweisen auf das Verhältnis von sprachlicher Norm und sprachlichen Normen.

Kap. VII, „Moderniser l'équipement linguistique" (211–239), befasst sich mit den Auswirkungen des informationstechnologischen Wandels im 21. Jh. auf die Sprachproduktion, darin eingeschlossen auch die Möglichkeiten maschineller Sprachverarbeitung, sowie auf den Umgang mit Sprache im Zuge wachsender Vernetzung. Weil diese Entwicklungen nicht frei von Risiken für die Partizipation der Bürger an demokratischen Prozessen und Strukturen ist, mahnt Klinkenberg die Verantwortung gesellschaftlicher Akteure für diese neuen Entwicklungen an. Zu lösen seien nicht nur viele technische Fragen der Terminologien, der Nomenklaturen, der Standardisierung, im nicht geringeren Umfang auch solche ethischer Natur. Es gehe letztlich darum, eine „Politik des technischen Schreibens" zu entwerfen, die die Schule, die Unternehmen, die Entwickler und nicht zuletzt die staatlichen Autoritäten mit ihren jeweiligen Verantwortungen in die Pflicht nimmt, damit die Sprache nicht nur auf der Höhe der Zeit, sondern auch jede/-r Frankophone seine/ihre soziale, wirtschaftliche und kulturelle Würde bewahren oder zurückgewinnen könne.

Der zentrale Gedanke des Kap. VIII, „Le français et les autres" (241–286), besteht darin, wie die Sprachpolitik zum Französischen und in der Frankophonie mit der Diversität umgehen soll. Wie offen sollten Französischsprecher gegenüber anderen Sprachen sein und sich diese aneignen, wie hartnäckig sollten sie darauf insistieren, dass das Französische nicht aus dem öffentlichen Raum verdrängt wird? Nach Klinkenbergs Überzeugung muss eine Sprachpolitik zum Französischen in erster Linie ein Strategienbündel zur Mehrsprachigkeit umfassen (246ff), das mehr oder das anderes darstelle als ein allgemeiner Fremdsprachenunterricht in Englisch. Er verlangt Strategien, die nach den jeweiligen Terrains, den Methoden und den in Betracht kommenden Sprachen diversifiziert sein müssten.

Abgeschlossen wird der Band durch das Kapitel „Pour conclure mais aussi pour commencer: quels objectifs pour une politique de la langue?" (287–295), in welchem Klinkenberg hervorhebt, dass Sprachpolitik zunächst als eine Methodenfrage anzusehen ist, die darauf hinausläuft, zu klären, wessen Interessen an Sprache und in Sprache verhandelt werden. Damit korreliert eine zweiter methodischer Aspekt, nämlich dass jede sprachpolitische Maßnahme ein Begleitprogramm braucht, das man ein pädagogisches nennen kann. Ein Negativbeispiel sei beispielsweise die Orthografie-

reform von 1990 gewesen, die auf ein angemessenes Begleitprogramm verzichtet und deshalb in erster Linie Kritik und mangelnde Einsicht in den Sinn einer solchen Maßnahme erfahren habe. Anders formuliert, jede Sprachpolitik, will sie erfolgreich sein, braucht Legitimation.

Das Buch von J.-M. Klinkenberg „La langue dans la cité" hat eine Vorgeschichte. Darauf wird ebenso knapp wie summarisch in einer editorischen Anmerkung auf S. 6 hingewiesen, in welcher es heißt, dass einige Seiten des Buchs aus seinem 2001 bei Presses universitaires de France erschienenen Band „La langue et le citoyen" stammten, ein Buch, das inzwischen vergriffen ist. Legt man beide Bände nebeneinander, so wird sichtbar, dass das 2001 publizierte Buch eine Art Gerüst für das nun vorgelegte Buch darstellt, von dem aus Klinkenberg Neues hinzufügt und Altes umbaut. Ein Vergleich beider Bände lässt die Neuformulierungen und Erweiterungen hervortreten. Ich erwähne hier die nur die wesentlichen Veränderungen: Neu sind die Kapitel III zur Francophonie und VI zum sprachlichen Lernen; deutlich verändert und erweitert sind das jetzige Kapitel VIII „Le français et les autres" (vorher Kapitel 6) sowie das Schlusskapitel „Pour conclure ...". Neu ist auch der Index. Deutlich erweitert ist die Bibliografie, leicht verändert sind die Kapitel II und VII. Aber auch jene Passagen, die in beiden Bänden identisch sind, haben an Aktualität nichts eingebüßt.

Jürgen Erfurt

Miquel Àngel Pradilla, **La catalanofonia. Una comunitat del segle XXI a la recerca de la normalitat lingüística.** Barcelona, Institut d'Estudis Catalans, 2015, 179 S.

In einer Zeit, in der die aktuelle politische Lage vor allem rund um die Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien viele schon lange in der Region über dem Konzept der *Països Catalans* angelegte Entwicklungen überlagert, kommt diesem Buch als Gesamtschau über die katalanischsprachigen Territorien besondere Bedeutung zu.

Mit dem vorliegenden Buch setzt der Autor mit großem Weitblick fort, was er in seinem letzten Werk *De política i planificació lingüística* (2011) bereits angesprochen und skizziert hat: eine Bestandsaufnahme über die sprachplanerischen und sprachpolitischen Entwicklungen innerhalb der *comunitat lingüística* der katalanischsprachigen Territorien, im Volksmund mit „De Salses a Guardamar i de Fraga a Maó" (bzw. „a l'Alguer") umrissen. *La catalanofonia* ist daher der Titel.

Mit einer Neudefinition des Konzeptes *comunitat lingüística*, die sich durch kontinuierliche Kommunikation innerhalb der Sprechergemeinschaft immer schon auszeichnete, als Hintergrund der gesamten Betrachtung sollen symbolträchtige, identitär überfrachtete Kriterien vermieden werden. Vielmehr möchte der Autor alle Kräfte auf die Umgebung der Wechselwirkungen konzentriert sehen: Die Debatte im Kommunikationsbereich als einem *ecosistema comunicatiu* anzusiedeln, erlaubt eine weniger ideologisierte Interpretation des normativen Konfliktes und hebt den Weg einer der *llengua pròpia* verpflichteten Sprachpolitik hervor.

Was der Autor dem Leser vorschlägt, ist, in der Interpretation eines Prozesses der Korpusplanung der katalanischen Sprache voranzuschreiten, die eng verbunden sein muss mit dem großen Rahmen des sprachplanerischen Prozesses. Weiters sollte sie mit der Verfügung über den Status der Sprache, die man fördern möchte, abgestimmt werden. Dies flexibel in zentralen Konzepten in der soziolinguistischen Tradition zu verorten, wird nötig sein, um die auch aktuelle Dynamik besser zu zeigen. Dazu verweist der Autor auf Konzepte wie das der *comunitat lingüística* und der Standardvarietät.

Bei all den in großer Genauigkeit ausgeführten Erklärungsansätzen, die die Eigenart der aktuell plurizentrisch ablaufenden Kodifizierung historisch ableiten, zeigt der Autor die Problematik dieser manchmal vielleicht auch verwirrenden Entwicklungen durch die Sprachplanung durch mehrere mehr oder weniger konkurrierende Institutionen auf. Er nennt exemplarisch zum *Institut d'Estudis Catalans* (IEC) die *Acadèmia Valenciana de la Llengua* (AVL) und die *Acadèmia Aragonesa del Català*, die sich nun jeweils vorrangig um die in ihrem Gebiet gesprochenen Varietäten bemühen. Das geht bis zu den neu bezeichneten Varietäten des LAPAO (*lengua aragonesa propia del área oriental*) für das dort gesprochene Katalanische und LAPAPYP (*lengua aragonesa propia del área pirenaica y prepirenaica*) für das dort gesprochene Aragonesische – und dabei weniger um die Kodifizierung einer supradialektalen Varietät, die dem Gesamtraum der *Països Catalans* gerecht werden könnte. Man erlebe gegenwärtig eine Infragestellung des traditionellen monozentrischen Modells der katalanischen Sprachnorm, die mit einem ideologisch-politischen Abdriften Hand in Hand geht, das den für das Funktionieren eines einheitlichen Sprachcodes unverzichtbaren Konsens zu behindern weiß, ist sein Urteil.

Um zu situieren, zunächst die Basisdaten der katalanischsprachigen Gebiete, mit denen der Autor arbeitet: 13,6 Mio (zum Teil potenzielle) Katalanischsprecher in vier Staaten: großteils in Spanien (Katalonien mit 7,544 Mio auf 31.895 km², Balearen mit 1,112 Mio auf 5.014 km², *País Valencià* mit 4,322 Mio auf 13.612 km², in *La Franja de Ponent* 48.090 auf 3.672 km² und in *El Carxe* auf 300 km² 820), weiters in Frankreich (*Catalunya Nord* 459.800 auf 4.166 km²), Italien (auf Sardinien *Alguer* mit 40.690 auf 224 km²) und in Andorra (76.100 auf 468 km²).

Im 2. Kapitel beschreibt der Autor die aktuellen Sprachpolitiken: Sie beziehen sich, durch ideologische Konflikte bestimmt, auf Status und funktionelle Planung und äußern sich in den Dissonanzen zwischen einerseits Bottom-up-Aktionen der Zivilgesellschaft, der sozialen Mobilisierung und anderseits Top-down-Maßnahmen der Institutionen; der Autor weist sie je nach Wirksamkeit einem Schema von *Planificació – Infraplanificació – Contraplanificació* zu. Weiters ist die Aufmerksamkeit